

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich stehe heute vor euch, um mich das zweite Mal im Westthüringer Wahlkreis um das Bundestagsdirektmandat für unsere Partei zu bewerben.

Ich habe lange gezögert und mir die Entscheidung für eine erneute Kandidatur nicht leicht gemacht. Mich haben dabei vor allem zwei Dinge bewegt: zum einen die Verantwortung gegenüber unserer Partei. Zum anderen die Überzeugung, dass wir bei dieser Bundestagswahl um jede einzelne Stimme kämpfen müssen. Hierfür will auch ganz persönlich meinen Beitrag leisten und alle Kraft in die Waagschale werfen.

Das mag vielleicht etwas pathetisch klingen. Aber wir leben in keinen gewöhnlichen Zeiten, insbesondere nicht für eine traditionsreiche Volkspartei wie die SPD. Ich bin mir des Umstandes bewusst, dass die SPD und auch ich als euer Kandidat, sofern ihr mir Euer Vertrauen schenkt, sicherlich nicht aus einer Favoriten-Position heraus Wahlkampf führen werden. Ich trete heute auch nicht mit der Erwartungshaltung vor Euch, einen vermeintlich „sicheren“ Listenplatz bei der Landesdelegiertenkonferenz im Februar anzustreben. Zumal es vermeintlich „sichere“ Listenplätze in diesen besonderen Zeiten nach meiner Überzeugung nicht mehr gibt. Wir müssen also gemeinsam alles mobilisieren, um das Direktmandat zu erobern.

Ich trete erneut an, weil ich mich für konkrete Inhalte und Ziele einsetzen möchte, die trotz der unzweifelhaften Erfolge sozialdemokratischer Regierungstätigkeit seit Herbst 2013 noch immer nicht erreicht werden konnten und nach einer starken sozialdemokratischen Stimme und Handschrift in Berlin verlangen.

Ich trete zugleich in dem Bewusstsein an, dass es Zeit ist, Gesicht und Haltung zu zeigen gegen das, was nicht nur in Thüringen und Deutschland zunehmend um sich greift: Rechtspopulismus, Intoleranz und die Verrohung der politischen Kultur. Mittlerweile scheinen einige sogar nicht einmal mehr vor der Anwendung von Einschüchterungen und der Androhung von Gewalt zurückzuschrecken. Es heißt also Gesicht zeigen gegen das Diffamieren und verächtlich machen anderer Meinungen, gegen die Verweigerung einer argumentativen Auseinandersetzung und des offenen und vorurteilsfreien Dialogs miteinander.

All diese Entwicklungen bereiten mir Sorgen und treiben mich um. All das ist für mich allerdings auch Ansporn, einen persönlichen Beitrag zu leisten, diesen Fehlentwicklungen Einhalt zu gebieten und den Anfängen für Schlimmeres zu wehren. Wo solche Fehlentwicklungen hinführen können, davon wissen gerade wir Deutschen, insbesondere wir deutschen Sozialdemokraten, ein schmerzhaftes Lied zu singen.

Ich bekenne an dieser Stelle offen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an dieser Entwicklung nicht vollkommen unschuldig sind. Dies sollten uns wir ehrlich eingestehen. Wir haben häufig widerstandslos in den Chor der vermeintlich „alternativlosen Politik“ eingestimmt, die über Jahre gerade von Kanzlerin Merkel beschworen wurde. Wir haben sie all zu oft unwidersprochen hingenommen. Wir haben es vielfach aber auch versäumt, packende Visionen für die Menschen zu entwickeln und uns stattdessen den tagespolitischen Aufgaben ergeben. Wir haben den Eindruck erweckt, uns in der Großen Koalition einzurichten, die schleichend dazu führt, dass die politischen Ränder wachsen.

Wir müssen endlich wieder stärker in die politische Auseinandersetzung gehen. Wir müssen den Mut zur argumentativen Zuspitzung und zur Konfrontation im guten Sinne haben. Wir sollten stärker polarisieren. Das muss letztendlich für uns bedeuten, politische Mehrheiten links der Mitte ohne die Union zu suchen.

Die Fortsetzung einer für viele gefühlte „ewigen“ Großen Koalition tut unserer Demokratie in Deutschland nicht gut. Ich möchte eines Tages keine österreichischen Verhältnisse erleben müssen, die am Ende dazu führen könnten, dass ein Rechtspopulist ins Schloss Bellevue oder Rechtspopulisten einmal stärkste politische Kraft in Deutschland werden. Deshalb braucht es klare Botschaften, für welches Gesellschaftsmodell wir als Sozialdemokratie eintreten und kämpfen wollen.

Dieses sozialdemokratische Modell muss auch zukünftig eine sozial gerechte Gesellschaft sein. Eine Gesellschaft, die Chancengleichheit unabhängig von der sozialen Herkunft der oder des einzelnen gewährleistet.

Die SPD muss für dieses Gesellschaftsmodell in den nächsten Jahren vor allem auf folgende Fragen überzeugende Antworten geben:

Wie verhindern wir Erwerbsarmut, aus der später Altersarmut entsteht?

Wie schaffen wir es, dass sich die wachsende Schere zwischen Arm und Reich endlich wieder schließt?

Wie kämpfen wir dagegen an, dass Kinder in Armutsverhältnissen aufwachsen, ohne ausreichende Chancen auf soziale Teilhabe?

Wie organisieren wir eine sozial gerechte Gesundheitsversorgung für alle?

Wie sichern wir eine menschenwürdige Pflege in einer alternden Gesellschaft?

Wie sorgen wir dafür, dass die öffentliche Infrastruktur auf Vordermann gebracht wird und die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort auch langfristig erhalten bleibt?

Und vor allem: wie finanzieren wir diese Ziele?

Um beim letzten Punkt zu beginnen: Es ist nicht so, dass die hohen privaten Vermögen in Deutschland und die Zahl der Einkommensmillionäre rückläufig wären. Wir müssen also den Mut haben, diese hohen Vermögen in Deutschland endlich wieder angemessen zu besteuern. Das betrifft im Sinne einer wirklichen Chancengerechtigkeit übrigens auch die angemessene Besteuerung von Erbschaften. Der gefundene Kompromiss mit CDU und CSU zur Erbschaftssteuerreform vor einigen Wochen war dabei sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Nach der Bundestagswahl muss es nach meiner Überzeugung weitere Einschränkungen gerade bei den vorgesehenen Regelungen zur Vermögenssicherung geben.

Die Union und insbesondere Herr Schäuble sollten weniger Gehirnschmalz darauf verwenden zu überlegen, welche Steuern für Besserverdienende und Vermögende als nächstes gesenkt werden können. Sie sollten sich vielmehr darum kümmern, endlich das umzusetzen, was seit Monaten eigentlich längst hätte Praxis sein sollen: ich meine die Besteuerung von Finanztransaktionen an den europäischen Börsen, um Spekulationsgeschäfte und manche Hasardeure endlich angemessen zur Kasse zu bitten. Es ist einfach nicht sozial gerecht, wenn Einkünfte aus Spekulationsgeschäften geringer besteuert werden als normale Einkommen aus Erwerbsarbeit. Hier läuft etwas grundlegend falsch!

Ich teile übrigens die Auffassungen von unserem stellvertretenden Parteivorsitzenden Thorsten Schäfel-Gümbel und dem nordrhein-westfälischen Finanzminister Norbert Walter-Borjans: wenn es zu Entlastungen kommen sollte, dann bitteschön bei den Geringverdienern und zwar möglichst durch Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Damit wäre dieser Einkommensgruppe nämlich am besten geholfen. Hierzu wäre es auch durchaus zumutbar, den Spitzensteuersatz wieder deutlich anzuheben.

Herr Schäuble sollte mit Blick auf das gegenwärtige Zinsniveau ebenfalls gut überlegen, ob es angesichts eines massiven öffentlichen Investitionsstaus volkswirtschaftlich wirklich sinnvoll ist, weiterhin das Mantra der „schwarzen Null“ zur höchsten Religion zu erheben. Wir fahren einen beträchtlichen Teil unserer öffentlichen Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß. Dies gefährdet unsere Zukunftsfähigkeit und hat mit einer vernünftigen und nachhaltigen Politik nichts zu tun!

Wir dürfen daher stolz darauf sein, dass es die SPD in der Bundesregierung war, die ganz aktuell ein millionenschweres Schulsanierungsprogramm durchgesetzt hat. Es war ebenfalls die SPD, die schon vor Monaten ein umfassendes kommunales Investitionspaket des Bundes gegen den Widerstand von Schäuble durchgesetzt hatte.

Während wir uns also um die Sorgen und Nöte der Kommunen kümmern, zermartert sich die CSU sich darüber den Kopf, wie sie eine europarechtskonforme PKW-Maut auf die Beine gestellt bekommt. Wir können von Glück reden, dass nach der Einigung der Union mit der konservativ geführten EU-Kommission in Brüssel die Einführung einer PKW-Maut in die Zeit nach der Bundestagswahl fällt. Eine PKW-Maut, die nach den Vorstellungen der Konservativen übrigens gerade die „kleinen Leute“ abkassieren würde. Gerade die Geringverdiener werden sich keine teuren Neuanschaffungen von schadstoffarmen Fahrzeugen leisten können und höher belastet werden. Die SPD wird diesen Unsinn nicht mitmachen! Die Wählerinnen und Wähler entscheiden also darüber, ob sie der wortbrüchigen Kanzlerin und der Union erneut das Vertrauen schenken, um diese unsinnige PKW-Maut einzuführen.

Wir brauchen davon abgesehen noch mehr Unterstützung des Bundes für unsere Kommunen, um dringende Investitionen anzuschieben. Mit dem Blick als Eisenacher Stadtrat auf die Entwicklung der Sozialkosten in den Kommunen und Landkreisen sage ich aber auch: der Bund muss spätestens in der nächsten Wahlperiode eine stärkere Beteiligung an den Sozialkosten gewährleisten, insbesondere an den sprunghaft steigenden Kosten der Eingliederungshilfen. Hier muss endlich eine mindestens 50-prozentige Kostenbeteiligung des Bundes zugesagt werden. Eine Entlastung bei den kommunalen Sozialkosten würde dringend benötigte finanzielle Spielräume für notwendige Investitionen schaffen.

Auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege braucht es kein weiteres „Herumdoktern“ an Symptomen durch den CDU-Minister Gröhe, sondern endlich mutige Schritte hin zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Einer Bürgerversicherung, die alle einbezieht, übrigens auch alle Einkommensarten. In einem ersten Schritt hin zur Bürgerversicherung muss die Beitragsbemessungsgrenze deutlich angehoben werden.

Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung bleibt mit der Union nicht verhandelbar. Ihre Einsicht reichte bei der Pflegeversicherung zumindest so weit, dass für die überfällige Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes zur Berücksichtigung von altersbedingten

Demenzkrankungen die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitragsatzes unumgänglich war. Um aber eine menschenwürdige Pflege – sowohl für die zu Pflegenden als auch das Pflegepersonal – zu gewährleisten, braucht es aber eine breitere und stabilere Finanzierungsgrundlage. Gerade deshalb und vor dem Hintergrund unserer alternden Gesellschaft streiten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Nachdruck für eine solidarische Bürgerversicherung in den Bereichen Gesundheit und Pflege.

Was müssen wir zuallererst tun, um der immer noch zu hohen Kinderarmut in unserer Gesellschaft zu begegnen: Zum einen braucht es nach meiner Überzeugung perspektivisch eine eigenständige Kindergrundsicherung. Zum anderen müssen wir vorrangig Alleinerziehende unterstützen. Wir alle wissen aus Armutsstatistiken, dass gerade Alleinerziehende und ihre Kinder von einem besonders hohen Armutsrisiko betroffen sind. Daher lag die SPD aktuell auch goldrichtig mit ihrer Forderung nach einer Reform des Unterhaltsvorschusses, um die betroffenen Kinder und Jugendlichen länger zu unterstützen. Wir greifen also den Alleinerziehenden und ihren Kindern spürbar unter die Arme, um ihnen zu helfen und das ist gut so! Hier muss es weitere Hilfen geben.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren nicht zuletzt am Arbeitsmarkt für wichtige Weichenstellungen gesorgt. Ich meine aktuell die stärkere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, die ohne die Union sicherlich weitgehender gewesen wäre. Von entscheidender Bedeutung war aber die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns, der einen Kardinalfehler der Arbeitsmarktreformen der „Agenda 2010“ korrigiert hat. Der gesetzliche Mindestlohn hat zur Eindämmung des ausufernden Niedriglohnssektors geführt. Allein in Thüringen haben etwa 200.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Einführung des Mindestlohns profitiert, durch höhere Löhne und später durch höhere Renten. All den Kassandrarufer aus der Wirtschaft und aus der Union zum Trotz. Sie sind als plumpe Propaganda entlarvt worden. Was ist nicht im Vorfeld der Einführung des Mindestlohns das Horrorszenario eines Verlustes von hunderttausenden Arbeitsplätzen beschrieben worden. Nichts davon ist eingetreten! Ganz im Gegenteil: die Einführung des Mindestlohns hat zu einer steigenden Kaufkraft, zu einer Belebung des Konsums, zu mehr Beschäftigung, höheren Steuereinnahmen und höheren Einnahmen in den Sozialversicherungen geführt. Insofern dürfen wir auch die erneuten Warnrufe, dass auch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen nach sich ziehen würde, mit der gebotenen Gelassenheit zur Kenntnis nehmen. Ich sage mit dem Blick auf die Rentenentwicklung aber auch, dass bei der Höhe des Mindestlohns sicherlich noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Es muss weitere Erhöhungen geben, gerade auskömmliche Renten im Alter zu gewährleisten.

Damit komme ich abschließend zur momentan wichtigsten politischen Frage für die nächsten Jahrzehnte. Wir alles wissen, dass aufgrund des Lohnniveaus und der Lohnentwicklung im Osten die Gefahr einer Welle an Altersarmut droht. Deshalb dürfen wir nicht mehr tatenlos zusehen und müssen dieses Problem entschlossen angehen. Milliarden schwere Wahlkampfgeschenke der Union wie die Ausweitung der Mütter-Rente leisten zur Problemlösung allerdings keinen substantiellen Beitrag. Viel wichtiger für die tatsächliche Verhinderung von Altersarmut sind die Stabilisierung des Rentenniveaus und vor allem die Einführung einer solidarischen Mindestrente für all diejenigen, die gearbeitet haben. Dabei müssen natürlich auch Ausbildungs-, Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie zeitweilige Arbeitslosigkeit angemessen berücksichtigt werden. Weder zur Stabilisierung des Rentenniveaus noch zur Einführung einer solidarischen Mindestrente ist die Union bereit. Beides sind aber entscheidende Fragen für eine sozial gerechte Gesellschaft, in der

Lebensleistung belohnt wird! Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten also um politische Mehrheiten für diese Projekte kämpfen.

Wie zäh so etwas ablaufen kann, haben wir bei der Ost-West-Rentenangleichung gesehen. Sie war im Koalitionsvertrag bereits vereinbart. Nun hat die Union, nachdem sie sich lange verweigert hatte, doch durchgerungen, die Rentenangleichung zumindest bis ins Jahr 2025 stufenweise vorzunehmen. Der Rentenkompromiss sieht darüber hinaus eine Stärkung der Betriebsrenten und vor allem eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten vor. Gerade letzteres wird denjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen, die aufgrund hoher körperlicher und psychischer Belastungen vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden müssen. All diese Schritte waren wichtig. Sie reichen aber noch nicht aus.

Genossinnen und Genossen,

ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass die SPD in Regierungsverantwortung auf zahlreiche Erfolge verweisen kann. Ich habe mich aber auch bemüht deutlich zu machen, welche Wegstrecke hin zu einer sozial gerechten Gesellschaft noch vor uns liegt. Ich will diese Wegstrecke gemeinsam mit Euch und den Menschen in unserer Region gehen. Unsere Zeit verlangt nach sozialdemokratischen Antworten! Das zeigen auch die hohen Zustimmungsraten in der Bevölkerung für Projekte wie den Mindestlohn oder die Bürgerversicherung. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit den beschriebenen Antworten verloren gegangenes Vertrauen zurück gewinnen. Mit diesen klaren Botschaften werden wir auch der populistischen Konkurrenz von rechts das Wasser abgraben können. Sie mag sich jetzt als die Interessenvertreterin der „kleinen Leute“ in Szene setzen. Wer hinter die Fassade der Rechtspopulisten schaut, der erkennt, dass es den Biedermännern mit ihren platten Parolen um alles, aber nicht um die wirklichen Sorgen der Arbeitslosen, Arbeiter und einfachen Angestellten geht. Das müssen wir im Wahlkampf immer wieder deutlich machen!

Genossinnen und Genossen,

ich bin entschlossen, mit Euch gemeinsam in einen harten Wahlkampf zu ziehen. Ich hoffe, Ihr seid es auch. Ich bitte um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung. Lasst uns gemeinsam mit Rückenwind ins Wahlkampfsjahr 2017 starten, für die Menschen in unserer Region und für eine starke Sozialdemokratie im nächsten Deutschen Bundestag!

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit!